

31.10.2017 – 15:44 Uhr

## ikr: Liechtensteinische Anliegen erfolgreich in London platziert

Vaduz (ots) -

Am Montag, 30. Oktober 2017 weilte Regierungsrätin Aurelia Frick für mehrere hochrangige Gespräche zum Thema Brexit in London. In den Treffen mit Ministern und dem Vorsitzenden des aussenpolitischen Ausschusses betonte die Regierungsrätin insbesondere die Notwendigkeit, die EWR/EFTA-Staaten in die Verhandlungen rund um das EU-Austrittsabkommen und ein mögliches Übergangsregime einzubeziehen.

Der Austritt Grossbritanniens aus der EU wird einen direkten Einfluss auf Liechtenstein haben, da Grossbritannien damit automatisch auch den EWR verlässt. Regierungsrätin Frick nutzte den konstruktive Austausch mit Ministern aus den Handels-, Aussen- und Brexitministerien sowie dem Vorsitzenden des aussenpolitischen Ausschusses des Parlaments, um gezielt auf die Situation Liechtensteins aufmerksam zu machen. Sie setzte sich dafür ein, dass sich die EWR/EFTA-Staaten ohne zeitliche Verzögerung der Verhandlungslösung der EU mit Grossbritannien anschliessen können. Die britischen Gesprächspartner zeigten sich offen für dieses Anliegen, da auch sie ebenfalls an einem möglichst guten gegenseitigen Marktzugang interessiert sind. Mehrere Minister zeigten sich zudem zuversichtlich, dass zu Anfang 2018 mit der nächsten Verhandlungsphase der Austrittsverhandlungen begonnen werden kann. Mehrfach wurde betonte, dass sich in vielen Bereichen eine Lösung mit der EU abzeichne.

Das übergeordnete Ziel des Ministeriums für internationalen Handel, so Minister Greg Hands, ist die Vermeidung einer "Brexit-Klippe" nach der Übergangsphase. Um einen solchen abkommenslosen Zustand nach dem Ablauf der Übergangsphase zu vermeiden, überprüft das Handelsministerium bereits jetzt die Übernahme von bestehenden EU-Freihandelsabkommen. Grossbritannien kann jedoch erst nach dem offiziellen EU-Austritt eigenständig Freihandelsabkommen abschliessen.

Dass es insbesondere im Interesse der Privatwirtschaft ist, demnächst mehr Klarheit über die zukünftigen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der EU zu haben, war zentraler Punkt des Gesprächs mit einem Vertreter des grössten britischen Lobbyverbands für die Privatwirtschaft CBI, der 190 000 Unternehmen vertritt. Viele Unternehmen sind allerdings bereits dabei, Notfallpläne für ein EU-Austrittsszenario ohne Abkommen auszuarbeiten.

Im Gespräch mit dem Europaminister des Aussenministeriums Sir Alan Duncan hob die Regierungsrätin ausserdem die gemeinsamen Bemühungen im Kampf gegen moderne Sklaverei hervor.

Kontakt:

Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur  
Kathrin Nescher  
T +423 236 73 08

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100808673> abgerufen werden.